

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 3609^c

Nr. 14 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 22. Februar 1950

Seite 1

A V i Südbaden

Antwort an Dr. Josef Wirth

Altreichskanzler Dr. Josef Wirth hat es für nötig befunden, dem südbadischen Parteitag, an dem er selber nicht teilgenommen hat, in der Freiburger „Tagespost“ vom 8. Februar ein „Nachwort“ zu widmen, das in Ton und Inhalt erneut erkennen läßt, daß zwischen ihm und der CDU eine Verbindung unmöglich ist. Dr. Wirth blieb es vorbehalten, die Erörterungen über die Südweststaat-Frage zu einer konfessionellen Streitfrage zu machen und damit die Einheit der südbadischen CDU zu gefährden. Wir haben den stellvertretenden Landesvorsitzenden, den evangelischen Abg. Schneider, um eine Entgegnung zu den polemischen Auslassungen Dr. Wirths gebeten. Abg. Schneider schreibt:

In dem Artikel des Altreichskanzlers Dr. Wirth wird zum ersten Male in der breiten Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen und in der Tendenz des Artikels bedauerlicherweise halb bejaht, daß in der Südwestfrage konfessionelle Gesichtspunkte mitsprechen. Es wird dort betont ausgeführt, daß der evangelische Abgeordnete Bürgermeister Schneider, Konstanz, Verfechter des Südweststaates sei und behauptet, er habe ultimativ die Beibehaltung der Neutralität gefordert unter Androhung des Austritts der evangelischen CDU-Leute, wenn eine Altbaden-Parole ausgegeben werde.

In seiner Erklärung führt Dr. Wirth eine sehr scharfe Sprache gegen die Landesleitung der CDU und behauptet dabei, um diese den Altbadenern verdächtig zu machen, in der Landesparteileitung seien keine Badener. Zwei Unrichtigkeiten (um nicht zu sagen Unwahrhaftigkeiten) sind zunächst festzustellen:

- Es ist nicht mit einem Wort von einem Austritt der evangelischen CDU-Leute im Falle einer Altbaden-Parole gesprochen worden. Auch stehen neben dem evangelischen Abgeordneten Bürgermeister Schneider in der Südwestfrage die Abgeordneten Grüner und Fräulein Beyerle, welche aus hochgeachteten katholischen Familien stammen.
- Unter den 4 Landesvorsitzenden sind 3 (Schneider-Konstanz, Hilbert-Untereggingen, Dr. Kopf-Freiburg) geborene Badener. Der 1. Landesvorsitzende Dichtel ist zwar nicht in Baden geboren, aber seit 25 Jahren in Freiburg ansässig. Im übrigen ist seine westfälische Herkunft für Altbadener wohl nicht mehr „belastender“, als wenn man — wie dies nach Zeitungsmeldungen bei Dr. Wirth der Fall ist — im Kreis Ravensburg, also echtem Württemberger Land, geboren ist.

Es erhebt sich die Frage, warum diese Angriffe gegen die Führung der CDU Baden drei Tage nach Abschluß eines wirklich gediegenen Arbeitsparteitages, welcher in der einstimmigen Wiederwahl der Mitglieder der Landesleitung den festen Willen zur Geschlossenheit in der Partei bekundet hat, erhoben werden. Die Art der Angriffe zeigt, daß wohl die Gruppe der leidenschaftlichen Altbadener, welche die Aufgabe des Neutralitätsstandpunktes in der Südwestfrage erstrebte, die Stellung der Südwestfreunde durch die Behauptung des Konfessionalismus untergraben will. Sieht man dabei aber nicht, daß man hier den Unionsgedan-

ken trifft, wenn man versucht, Katholiken gegen Evangelische auszuspielen, obwohl der Trennungsstrich in der Südwestfrage — wie oben bewiesen — quer durch beide Konfessionen läuft? Die Evangelischen haben ihr Opfer für den Unionsgedanken dadurch bewiesen, daß sie zu aller Agitation von altbadischer Seite, die sich in Werbereden im ganzen badischen Lande, selbst bei katholischen Pfarrkonferenzen, auswirkte, schwiegen. Es steht uns Südwestfreunden und es steht uns Evangelischen die Union viel zu hoch, als daß wir über der Südwestfrage sie zerbrechen ließen. Es ist aber unmöglich und gefährdet die Union, wenn man die Südwestfreunde im allgemeinen und die Evangelischen im besonderen von badischer Seite aus diffamiert. Wir sind überzeugt, daß auch der größte Teil der Altbadenfreunde katholischer Konfession nicht will, daß über der Länderfrage die Union zugrunde gehen oder gar eine konfessionelle katholische Partei geschaffen werden soll. Staatspräsident Wohleb hat selbst in klaren und zeugnishaften Worten sich auf dem Parteitag bedingungslos zur Union bekannt.

Welches Ziel der Angriff von Dr. Wirth verfolgt, ist unklar. Er hat durch seine Mithilfe bei den Versuchen zur Gründung einer „Deutschen Union“, wie auch in einem Artikel in der sozialdemokratischen Zeitung „Das Volk“ vor der Bundestagswahl und neuerdings in seiner Diskussionsrede auf der Freiburger Versammlung des sozialdemokratischen Parteiführers Dr. Schumacher eindeutig sich außerhalb der CDU gestellt. Für ihn ist die CDU und deren Politik unter Dr. Adenauer untragbar. Zu der zweifellos vorhandenen persönlichen Gegnerschaft zu Dr. Adenauer kommt wohl auch noch eine Verärgerung, daß die badische CDU ihn nicht gebeten hatte, Kandidat zum Bundestag zu werden.

Die CDU Baden hat Dr. Josef Wirth gegenüber immer eine dankbare Anerkennung für seine früher im Kanzleramt geleistete Arbeit gezeigt und wird diese Haltung auch trotz aller Spannungen und Angriffe bewahren. Es scheint aber, daß Dr. Wirth das Erleben zwischen 1933 und 1945, welches die Keimzelle der politischen Gemeinschaft in der Union wurde, nicht geschenkt bekommen hat. Sonst könnte er nicht angesichts des heutigen politischen und geistigen Ringens in der Welt, wie in unserem deutschen Vaterlande, die christliche Front derartig torpedieren.

Es ist ein ernstes Ringen im letzten Grunde um den Unionsgedanken, welches hier aufgebrochen ist. Die Länderfrage ist nur Ausgangspunkt. Weit über sie hinaus geht es um die Erhaltung und Bekräftigung der Union, der allein die christliche Führung im Bunde wie im Lande Baden zu verdanken ist. Wenn Aufrichtigkeit und guter Wille zur Union wachbleiben, wie es auf dem Parteitag in erfreulicher Weise erlebt wurde, dann wird auch das Hintergründige dieser politischen Spannungen überwunden und umso fester die politische Stoßkraft der CDU wirken können. Sollte allerdings da oder dort Aufrichtigkeit und guter Wille geschwunden sein, dann müßte eine restlose Abklärung erfolgen, denn eine christliche Partei steht auch, ja besonders, unter dem Gesetz der Wahrheit.

C a Arbeitsgemeinschaft

Tagung der Landesvorsitzenden

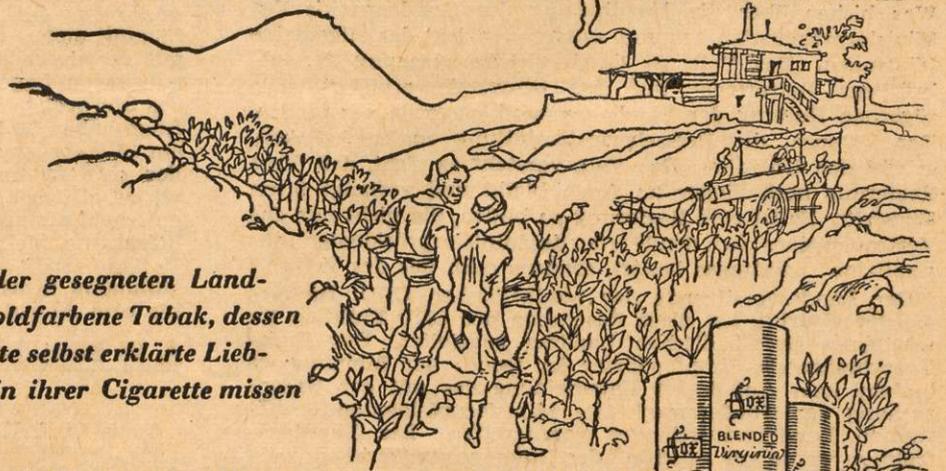
Die Landesvorsitzenden der CDU/CSU im Bundesgebiet, einschließlich Berlins, sind zu einer Tagung für den 27. Februar 1950 nach Königswinter eingeladen. Bundeskanzler Dr. Adenauer erstattet Bericht über die gegenwärtige politische Lage. An den Bericht schließt sich eine Aussprache an.

A V e Niedersachsen

Ultimatum der CDU an Kopf

Die CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen befaßte sich in achtstündiger Sitzung, an der auch Bundesarbeitsminister Storch teilnahm, mit der Situation, die durch die Rede des niedersächsischen Arbeitsministers Alfred Kubel in Wil-

Grosse Farmer, kleine Bauern...

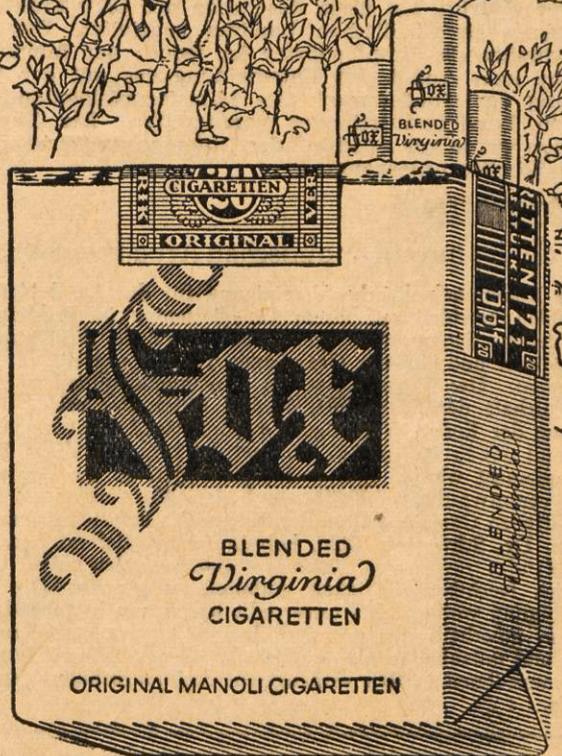


Auf ausgedehnten Farmen, in der gesegneten Landschaft Virginias, wächst der üppige, goldfarbene Tabak, dessen kraftvoll-würzigen Geschmack heute selbst erklärte Liebhaber des Orienttabaks nicht mehr in ihrer Cigarette missen wollen.

Auf schmalen Roterde-Ackern, die oft hoch in den Bergen liegen, „züchtet“ der kleine Tabakbauer in den Bergländern des Orients den hocharomatischen, köstlichen Tabak, der den Geschmack des Virginiatabaks in Ihrer **FOX** so unvergleichlich vollendet und abrundet.

TABAKLAND VIRGINIA und TABAKLAND ORIENT
geben ihr Bestes zum Besten der **FOX**

mild und süß



helmshaven herbeigeführt worden ist. Dem Ministerpräsidenten Kopf wurden vier Fragen vorgelegt, in denen die Fraktion Auskunft darüber verlangt, ob Minister Kubel „auf Grund seiner eigenen amtlichen Kenntnis der gegebenen sozialen und wirtschaftlichen Tatbestände und der Maßnahmen der Bundesregierung die Auffassung vertritt, daß der wesentliche Teil der Erwerbslosigkeit von der Bundesregierung gewollt oder von dieser gern gesehen ist“, ferner, ob Kubel seine Erklärung in der Bundestagssitzung im Namen und im Auftrage der niedersächsischen Staatsregierung abgegeben hat und ob der Ministerpräsident sich mit ihr identifiziere. Die CDU-Fraktion erwartet innerhalb einer Woche eine klare zufriedenstellende Antwort, andernfalls sieht sie sich gezwungen, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. — Ministerpräsident Kopf hat in einer Sitzung der SPD-Fraktion des Bundestages erklärt, er sehe keine Schwierigkeiten, die Fragen innerhalb der festgesetzten Frist zu beantworten. — Dem niedersächsischen Kabinett gehören folgende CDU-Minister an: Finanzminister Dr. Strickrodt, Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Fricke, Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Dr. Gereke und Justizminister Dr. Hofmeister.

C b Landesparteien

Nordbadische CDU zum Stuttgarter Skandal

Die Vertrauensleute der CDU des Kreises Karlsruhe faßten am 13. Februar zu dem Stuttgarter Entnazifizierungsskandal folgende Entschliebung:

„Der Denazifizierungsskandal ist der bis jetzt größte Korruptionsfall der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die politische Verantwortung hierfür trägt die Regierung. Durch die fortgesetzten Versuche, den Skandal zu bagatellisieren und die Bevölkerung durch rechthaberische Angriffe auf den amerikanischen Landeskommissar abzulenken, haben Ministerpräsident und Regierung das Ansehen der deutschen Demokratie im In- und Ausland auf das schwerste geschädigt. Was bisher über die Handhabung der Gnadenpraxis des Ministerpräsidenten bekannt wurde, verstärkt das allgemeine Mißtrauen. Das Volk ist durch die Bevorzugung kapitalkräftiger Betroffener auf das Schwerste erbittert. Die zögernde Haltung des Landtages wird nirgends verstanden. Der Versuch, die Presseberichterstattung zu beschränken, erhöht den Unwillen. Das Volk versteht es nicht, daß diese Regierung noch länger im Amte bleibt und verlangt ihren Rücktritt. Es ist eine Regierung zu bilden, die nicht nur das Vertrauen eines nach den Worten des Ministerpräsidenten „abgenutzten“ Landtages besitzt, sondern auch das des Volkes.“

Der Landesvorsitzende der nordbadischen CDU, Bürgermeister Heurich, hat diese Resolution der CDU-Fraktion im württembergisch-badischen Landtag zugeleitet. Der Fraktionsvorsitzende Simpfendorfer ist jedoch der Meinung, es bestehe kein Anlaß, der Entscheidung des mit der Untersuchung der Gnadenpraxis des Ministerpräsidenten beauftragten Landtagsausschusses vorzugreifen. Die Landtagsfraktion werde vor Abschluß der Untersuchungen keine weiteren Schritte unternehmen.

C c Ausschüsse

Aus der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft

Die Kommunalpolitische Vereinigung für das Land Nordrhein-Westfalen beschloß auf ihrem Delegiertentag in Recklinghausen verschiedene Satzungsänderungen mit dem Ziele, die Organisation zu festigen und ihr die Grundlagen für einen weiteren Ausbau zu geben. Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Stadt v. Bitter, der erneut mit der Leitung der Komm. Vereinigung betraut wurde, betonte, daß das Ideengut des Freiherrn vom Stein wieder zum lebendigen Bewußtsein gebracht werden müsse. Hierzu bedarf es der Anstrengung aller verantwortlichen Kräfte und der Aktivierung der hierzu geschaffenen Gemeinschaften der Träger der Selbstverwaltungsidee. Obgm. Dr. Schwering, Köln, hob in seinem Referat hervor, daß den Mandatträgern das Rüstzeug gegeben werden müsse, um eine wirklich fruchtbare Tätigkeit entfalten zu können. Die Komm. Vereinigung werde nichts unversucht lassen, um bestehende Spannungen innerhalb der gemeindlichen Selbstverwaltung zu beseitigen und mitzuhelfen, daß endlich den Gemeinden wiedergegeben wird, was ihnen in den vergangenen drei Jahrzehnten genommen wurde.

A II f Persönlichkeiten

Hedlers Freispruch : eine Warnung !

Mit Entrüstung haben wir das freisprechende Urteil des Landgerichtes Kiel in Sachen des DP-Abg. Hedler zur Kenntnis genommen. Auch wer der Auffassung ist, daß in einem demokratischen Staat nicht jede Meinungsäußerung vor den Kadi zitiert und strafrechtlich beurteilt werden sollte, wird mit uns der Meinung sein, daß die junge deutsche Demokratie sich zur Zeit in einen Verteidigungszustand gegen den rechten Radikalismus versetzt sieht. In einer solchen Situation brauchen wir uns nur einer Reihe von Prozessen à la Neumünster zu leisten, um diesen Rechtsradikalismus zu einer tödlichen Gefahr werden zu lassen.

Es ist eine historische Erkenntnis von nicht wegzuleugnender Durchschlagskraft, daß die Weimarer Republik an der Großzügigkeit gegenüber ihren erklärten Feinden zugrunde gegangen ist. Der Satz aus der Urteilsbegründung: „Wir brauchen keine politischen Prozesse, wir brauchen vielmehr politische Klugheit, Taktgefühl, Achtung vor der politischen Meinung des anderen und Fairneß“ spricht die Sprache des demokratischen Selbstmordes, wenn man diese Grundsätze auch dem zugute hält, der ihnen brutal ins Gesicht schlägt. Muß es denn erst wieder soweit kommen, daß der Rechtsradikalismus auf die Straße geht und seinerseits ein „Recht“ aufrichtet, daß mit seinen Gegnern gewiß nicht so glimpflich verfährt wie das Gericht in Neumünster mit Herrn Hedler?

Der Hedler-Prozeß mit seinem jetzigen Ausgang ist nur insoweit nützlich, als er Anlaß dazu gibt, die Gesetzgebung in Bezug auf politische Delikte zu überprüfen. Wir rufen nicht nach dem Gesetz zum Schutz der Republik, aber der junge Staat sollte der öffentlichen Meinungsäußerung eine deutliche Grenze setzen.

C b Landesparteien

Landesausschußsitzung der nordbadischen CDU

Der Landesausschuß der nordbadischen CDU wird sich auf seiner für den 25. Februar nach Mannheim einberufenen Sitzung außer mit parteiinternen Organisationsfragen auch mit der durch den Stuttgarter Entnazifizierungsskandal geschaffenen Lage befassen. Vermutlich wird auch die Frage des Südweststaates zur Erörterung kommen. — Zur Länderfrage haben 78 Zeitungen der drei südwestdeutschen Länder am 15. Februar eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der eine rasche Klärung der Verhältnisse aus politischen, wirtschaftlichen und ideellen Gründen durch einen Volksentscheid als unumgänglich notwendig bezeichnet wird. „Die öffentliche Meinung der drei Länder“, so heißt es in der Verlautbarung, „kann die dauernde Verzögerung der Abstimmung nicht verstehen, erst recht nicht eine Vertagung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages.“

A VI Sowj. bes. Zone

Auch Prof. Fascher geht

Nach Prof. Hickmann, dem früheren sächsischen Landesvorsitzenden der Ost-CDU, hat nun auch der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Prof. Fascher, in einer außerordentlichen Sitzung des politischen Ausschusses der Partei seinen Rücktritt erklärt. Von der SED waren ihm eine „doppelzüngige Politik“ und unklare Haltung im Kampf gegen die Bundesregierung vorgeworfen worden. Die systematische Ausrottung der Ost-CDU, der bisher rd. 150 Funktionäre zum Opfer fielen, hat inzwischen auch auf die Presse der Ost-CDU übergegriffen.

A IV 3 b Allgem. Wirtschaftspolitik

Handwerk muß aktiver werden !

Mit dem Aufruf, daß das Handwerk politisch aktiver werden müsse, beschloß der Vorsitzende der Handwerkergemeinschaft der CDU Nordrhein-Westfalen, Holla (Mörs), eine vom Handwerkerbeirat der CDU Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem rheinisch-westfälischen Handwerkerbund veranstaltete Tagung. Es wurden die Möglichkeiten erörtert, auf welche Weise und mit welchen Personen die freierwerbenden Stellen für die kommende Landtagswahl zu besetzen seien. Der Bundesgeschäftsführer hielt eine häufigere Aussprache zwischen Bund und Handwerkerbeirat der CDU für zweckmäßig, um in allen wichtigen Fragen zu einer einheitlichen Linie zu kommen.